

## Verlauf der GR-Sitzung vom 07. Jänner 2008

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.34 Uhr

1 Zuhörer anwesend

Entschuldigt: Bgm. Alois Pignitter (krank) und GR Roman Wiesenhofer

1.Vzbgm. Grinschl begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, die Bediensteten Amtsleiter Mag. Marat, Amtsleiter-Stv. und Protokollführer Schreiner, Frau Gerl sowie Zuhörer.

1.Vzbgm. Grinschl stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Im Anschluss leitet der 1.Vzbgm. Grinschl die

**Fragestunde** nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein

(sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an 1.Vzbgm. Grinschl gerichtet).

2.Vzbgm. Lang ersucht um Übermittlung der Genesungswünsche an den Bgm.

Er werde wahrscheinlich nicht alle Fragen gleich beantworten können, so 1.Vzbgm. Grinschl.

1. Frage – VM KONRAD sagt, er ersuche die Frage an den Bgm. weiterzuleiten, wie weit die Causa I-West bei der Lagerhausgenossenschaft sei. Die Unterschrift der ASFINAG sei noch nicht getätigt. Er hoffe, dass die Käufer nicht abspringen werden. Er würde bitten, dass auch 1.Vzbgm. Grinschl Druck gebe, dass der Bgm. dies wirklich so schnell wie möglich über die Bühne bringe. Es wäre nicht auszudenken, wenn diese Käufer wieder abspringen würden – es handle sich um 7.000 m<sup>2</sup> für zwei Firmen. Der Gemeinderat solle auch wissen, um was es geht. Durch den Wechsel bei der ASFINAG fühle sich keiner zuständig, die Verträge zu unterschreiben.

- 1.Vzbgm. Grinschl sagt, er werde dies weiterleiten, es liege natürlich auch im Sinne der Gemeinde.

1. Frage – GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fragt, was es zum Jugendzentrum Neues gibt. Vor ca. einem halben Jahr sei die Besichtigung anderer Jugendzentren verschoben worden, weil einfach viel zu tun gewesen sei.

- 1.Vzbgm. Grinschl sagt, man werde dies im heurigen Frühjahr wieder aufgreifen. Er werde diesen Punkt in der nächsten oder übernächsten Kinder-Jugend-Sport-Schulausschuss-Sitzung aufnehmen und werde man schauen, einen Termin für die Besichtigung zusammenzubringen. Er sei auf jeden Fall dafür, für die Jugend wieder etwas zu machen – vielleicht auch ein Jugendzentrum. Es sei natürlich die Frage und das werde man heute auch sehen, ob es mit dem Voranschlag bzw. mit dem Budget ausgehen werde, größere Projekte starten zu können.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, es sei nicht immer alles mit vielen Finanzmitteln verbunden, sondern auch mit gemeinsamen Denken und Arbeiten.

1.Vzbgm. Grinschl sagt, es sei schon mit Geld verbunden; er habe sich das in Grambach angesehen und man sei immer zu der Ansicht gekommen, dass es ohne Betreuung eigentlich nicht gehe und eine Betreuung koste sehr viel.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, es sei richtig, dass ein Jugendzentrum eine Betreuung brauche, es sei allerdings von Gemeinde zu Gemeinde verschieden, wie die Betreuung aussehe und ob man es schaffe, Eltern, die Kinder in diesem Alter haben oder auch ältere Jugendliche, einzubinden.

Es komme ganz auf das Konzept an. Sie wisse selbst noch nicht, was gescheit sei, aber vielleicht komme gemeinsam etwas heraus. Ohne Betreuung einen Raum „laufen“ zu lassen, gehe nicht. Es brauche eine Aufgabe und ein Team, aber man brauche es.

1.Vzbgm. Grinschgl teilt mit, er sei der selben Ansicht.

1. Frage – GR Paar verweist auf den vorliegenden Bericht des Kultur-Informationsausschusses. Man habe beschlossen, dass am Jahresende alle Ausschussobleute diesen Bericht vorlegen sollen. Jetzt frage sie, wo die restlichen Tätigkeitsberichte der anderen Ausschüsse für den Gemeinderat seien.

GR Zarfl sagt, es sei Teil des Beschlusses für die Bezüge der Ausschussmitglieder bzw. Ausschussobleute. Interessant wäre es überhaupt, wenn es nach jeder Ausschuss-Sitzung einen Bericht im Gemeinderat über die Ausschussaktivitäten geben würde, das sei eigentlich das Ziel, so GR Zarfl.

GR Mag. Marx meint, es sei eigentlich auch so besprochen worden.

GR Zarfl sagt, es sei Teil des Beschlusses gewesen, dass die Ausschüsse die Anträge grundsätzlich vorbereiten sollten. Wenn etwa ein Antrag in den Gemeinderat kommt, der Bauangelegenheiten betreffe, müsste der Bauausschuss ein Protokoll vorliegen haben und auch darüber referieren können, was in der Vorbereitung dieses Punktes im Ausschuss gearbeitet wurde. Das sei die Voraussetzung bzw. die Mitvereinbarung dieses Beschlusses gewesen.

Der Prüfungsausschuss sei vom Gesetz her ohnehin verpflichtet, regelmäßig im Gemeinderat zu berichten.

GR Mag. Marx sagt, am einfachsten wäre es wahrscheinlich, wenn einfach immer eine kurze Stellungnahme als Arbeitsbericht abgegeben werde.

GR Zarfl meint, wenn es danach laufende Berichte gebe, könne man diese ohnehin subsumieren.

1. Frage – 2.Vzbgm. Lang bezieht sich auf den Lärmschutz für die Siedlungsstraße, für den € 28.000,00 budgetiert seien und fragt, wie sich die Situation gegenüber den anderen lärmbeeinträchtigten Gebieten verhalte.

- 1.Vzbgm. Grinschgl sagt, er könne darauf nicht antworten, weil er nicht wisse, wie viele Ansuchen eigentlich da seien.

2.Vzbgm. Lang ersucht um Vormerkung und einen Bericht zu der Thematik in der nächsten GR-Sitzung.

Das werde natürlich möglich sein, so 1.Vzbgm. Grinschgl.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fügt hinzu, zum Lärmschutz „Doblerstraße“ sei bereits wieder nachgefragt worden.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, da dies in Arbeit sei werde es auch sicher erledigt werden.

GR Mag. Marx teilt mit, er habe heute bereits bei der Amtsleitung zum Thema „Dieselpartikelfilter für Gemeindefahrzeuge“ angefragt und es sei ihm mitgeteilt worden, der Bgm. werde dazu einen Bericht bringen.

1.Vzbgm. Grinschgl bestätigt dies.

Ende der Fragestunde: 19.44 Uhr

• **Bericht des Bürgermeisters**

1.Vzbgm. Grinschgl berichtet über folgende Angelegenheiten, die nicht der Vertraulichkeit unterliegen:

- Zur Anfrage der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ vom 05.11.2007 zum Thema „Nachrüstung von Dieselpartikelfilter für Gemeindefahrzeuge“ teilt 1.Vzbgm. Grinschgl mit, dass die Fahrzeug- und Gerätelieferanten des Fuhrparks dahingehend kontaktiert wurden, dass „Dieselpartikelfilter“ nachgerüstet werden sollen. Bei diesen Anfragen ergab sich im Wesentlichen, dass eine Nach-(Um-)rüstung teilweise nicht möglich ist und zudem bei der Gerätenutzung des Wirtschaftshofes durch ausschließlich Kurzstreckeneinsätze ein solcher für nicht sinnvoll erachtet wird. Im Anschluss wird eine Aufstellung der Fahrzeuge und Kosten bzw. Möglichkeiten der Nachrüstung an die Bildwand projiziert.

1.Vzbgm. Grinschgl stellt die, aufgrund der Spezialfahrzeuge, hohen Investitionskosten (z.B. beim Traktor € 2.000,-) in Frage, wenn andererseits der Nutzen bezweifelt werden müsse.

GR Werner Riegler sagt, eine Möglichkeit wäre die Umrüstung der Fahrzeuge auf Biosprit.

Dazu müsste man sich natürlich auch über die Kosten erkundigen. Lediglich die Treibstoffleitungen müssten hierfür gewechselt werden. Zudem stelle sich die Frage nach einer entsprechenden Tankstelle.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, eine solche Adaption sei relativ schnell möglich. Möglicherweise könne man dies veranlassen und könnte zudem für die Umrüstung auf Biotreibstoff auch Förderungen lukrieren. Das müsste man sich näher ansehen und sei sicher ein sehr sinnvoller Weg.

GR Werner Riegler sagt, er kenne das von Bad Radkersburg, wo der Biosprit hergestellt werde, man müsse aber schauen, wo man diesen im Raum Lieboch beziehen könne.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs bringt zur Sprache, dass einer der „Erfinder“ des Biotreibstoffs, Herr DI Dr. Michael Koncar, ein Liebocher sei. Herrn DI Dr. Koncar gehören die Fa. „VTU“ sowie Teile der Fa. „BDI-BioDiesel“ und schlägt GR Mag. Hirschmugl-Fuchs vor, Herrn DI Dr. Koncar zum Thema Biodiesel einzuladen, damit dieser den einfachsten und besten Weg vorstellen könne.

GR Mag. Marx meint, unter diesen Voraussetzungen könne man von der Nachrüstung der Dieselpartikelfilter absehen, man sollte aber in Zukunft darauf achten, dass neu anzuschaffende Fahrzeuge mit Dieselpartikelfilter gekauft werden.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, es sollten auch die Tankstellenbesitzer eingeladen werden, weil die Installierung einer eigenen Tankstelle sicherlich unrentabel sei.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs schlägt eine öffentliche Informationsveranstaltung vor.

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht um Verlagerung der Causa in den Bau- und Umweltausschuss.

Man einigt sich darauf, über den Ausschuss an Herrn DI Dr. Koncar bzw. die Tankstellenbesitzer heranzutreten, sich vorab zu informieren und in weiterer Folge eine Informationsveranstaltung zu planen.

Im Anschluss stellt 1.Vzbgm. Grinschgl den **Antrag**, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

**ABSETZUNG:**

2. 1. Nachtragsvoranschlag 2007

17. Marktgemeinde Lieboch Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KEG; Budget 2008/2009

*Dadurch verschieben sich die nachfolgenden Punkte entsprechend nach vorne*

**ÄNDERUNG:**

13. Dipl.-Päd. Wolfgang Scherz – Subvention; Eröffnungskonzert im Rahmen der Liebocher Markttag bzw. Kulturtag 2008

1.Vzbgm. Grinschgl stellt den **Antrag**, diese Absetzung bzw. Änderung der TO zu beschließen.  
Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

GR Zarfl stellt den **Antrag** auf Erweiterung der TO unter TO-Punkt 2., da dieser Punkt optimal dort hinpasse.

Man habe im Gemeinderat als einseitige Vorleistung der MG Lieboch und eventuelle Voraussetzung für das Mediationsverfahren mit der Fam. Stadler beschlossen, sämtliche Verfahren bezüglich „Sportplatz Lieboch“ ruhend zu stellen.

Dieser Punkt wäre aufgrund der bisher stattgefundenen Gespräche neu zu betrachten, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, er würde diesen TO-Punkt aber gerne unter „nicht öffentlich“ aufnehmen.  
GR Zarfl entgegnet, dieser Punkt sei durchaus „öffentlich“, da es einzig und allein um die Aufhebung des damals ebenfalls unter „öffentlich“ gefassten, einseitigen Beschlusses zur Ruhendstellung der Verfahren gehe.

Für den Antrag von GR Zarfl um Erweiterung der TO als Punkt

2. Aufhebung des GR-Beschlusses zur einseitigen Ruhendstellung bzw. Aussetzung der Verfahren wegen Mediation Stadler

stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖkR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Koren, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (14 Dafürstimmen : 5 Gegenstimmen).

2.Vzbgm. Lang stellt ebenfalls den **Antrag** auf Erweiterung der TO unter „öffentlich“:

3. Gratulationen zu Neugeborenen in Form einer Benachrichtigung

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht den Gemeinderat um Zeichen der Zustimmung zum Erweiterungsantrag.  
Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

GR Mag. Marx stellt im Anschluss den **Antrag** um Erweiterung der TO unter „öffentlich“:

4. Vision 2020

5. Nachttaxi; geänderte Konditionen

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht den Gemeinderat um Zeichen der Zustimmung zum Erweiterungsantrag.  
Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Weiters stellt GR Paar den **Antrag** auf Erweiterung der TO unter „öffentlich“:

6. Sitzungsplanung für GR-Sitzungen

Es seien so viele Berufstätige mit Nachtdienst udgl. im Gemeinderat; früher habe man immer einen Sitzungsplan für ein halbes Jahr im Voraus gehabt. Daher stelle sie den Antrag, die Sitzungen wieder voraus für 5 oder 6 Monate zu planen, damit sich jeder danach richten könne, so GR Paar.

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht den Gemeinderat um Zeichen der Zustimmung zum Erweiterungsantrag.  
Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs spricht die Anfrage zu einem Angebot der Fa. Ökostrom AG an. Dazu gäbe es mittlerweile ein Ergebnis.

1.Vzbgm. Grinschgl teilt mit, dass am 09.01.2008 ein Verhandlungsgespräch mit der Fa. Selectstrom stattfindet.

AL Mag. Marat ergänzt, es würden dabei noch Preisverhandlungen geführt bzw. das Thema Ökostrom angesprochen. Nach dem Gespräch könne er in der nächsten Gemeinderatssitzung darüber berichten. Danach könne man die weitere Vorgangsweise festlegen, da noch genug Zeit für eine eventuelle Vertragskündigung vorhanden sei.

1.Vzbgm. Grinschgl stellt im Anschluss den **Antrag** um Erweiterung der TO unter „nicht öffentlich“:

20. Roswitha Kahr; Einstufung in die Entlohnungsgruppe „b“
21. Verlängerung der Dienstverhältnisse auf unbestimmte Zeit
  - a.) Alexandra Chibidziura (ab 12.02.2008)
  - b.) Andrea Gruber (ab 12.02.2008)
  - c.) Evamaria Gurker (ab 12.02.2008)
  - d.) Dana Olimpia Lavrincsik (ab 12.02.2008)
  - e.) Sandra Markl (ab 12.02.2008)
  - f.) Veronika Neukirchner (ab 12.02.2008)
  - g.) Karoline Steininger (ab 12.02.2008)
  - h.) Michaela Stöhr (ab 12.02.2008)
  - i.) Beatrice Smerecnik (ab 09.04.2008)

*Dadurch verschieben sich die nachfolgenden Punkte entsprechend nach hinten*

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

### **Pkt. 1.: Genehmigung und Unterfertigung des Sitzungsprotokolls vom 03.12.2007**

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, das Protokoll vom 03.12.2007 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

### **Pkt. 2.: Aufhebung des GR-Beschlusses zur einseitigen Ruhendstellung bzw. Aussetzung der Verfahren wegen Mediation Stadler**

GR Zarfl verweist auf den GR-Beschluss vom 05.11.2007, in dem der Gemeinderat die einseitige Ruhendstellung sämtlicher Verfahren, um ein eventuelles, ins Auge gefasstes Mediationsverfahren mit der Fam. Stadler bezüglich der Querelen rund um den Sportplatz Lieboch in Gang zu bringen und ihm bessere Chancen zu geben, beschlossen hat.

Da die Fam. Stadler von sich aus zwar dezidiert festgehalten hat, dass sie an konstruktiven Gesprächen und Verhandlungen mit der Gemeinde sehr interessiert sei, aber nicht an einem Mediationsverfahren, sei dieser einseitige Beschluss aus seiner Sicht rückgängig zu machen, da die Gemeinde sonst in gewissen Punkten in Fristversäumnisse kommen würde.

Das sei somit nur eine Bereinigung und Anpassung an den Ist-Zustand, so GR Zarfl.

GR Zarfl stellt daher den **Antrag**, diesen einseitigen Beschluss rückgängig zu machen.

*Anm.: GR Posch-Zlöbl verlässt den Sitzungssaal.*

GR Zarfl führt im Anschluss weiter aus, dass die Verhandlungen ungestört weiter gehen, aber nicht in Form des Mediationsgesprächs und dadurch seien sämtliche rechtlichen, mit einem Mediationsgespräch verbundenen Bedingungen, nicht erfüllt und seien die Fristen einzuhalten. Man

könnte sich sonst dem Vorwurf aussetzen, Fristen zu versäumen und damit wieder ein neues Verfahren anzuzetteln.

Es habe auch Gespräche gegeben, die konstruktiv in Gang gekommen seien bzw. gebe es auch Folgegesprächsvereinbarungen – allerdings nicht in Form eines Mediationsgespräches, sondern in Verhandlungen zwischen der Fam. Stadler und der Marktgemeinde Lieboch.

Damit fallen diese Rechtsansprüche auf Aussetzung von Verfahren weg.

Da man als Gemeinde verbindliche Fristen für die Bescheiderstellung einzuhalten habe und die Gemeinde von sich aus die Verfahren ruhend stelle, setze sie sich der Gefahr eines Devolutionsantrages aus, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschl sagt, es habe anfangs aber schon geheißen, solange der Gemeinderat die Verfahren ruhend stelle, sei es kein Problem. Man müsse jetzt natürlich so schnell wie möglich alle offenen Bescheide in kürzester Zeit behandeln.

GR Zarfl meint, dabei handle es sich nicht um so viele Bescheide.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, man müsse da sehr aufpassen. Sie habe damals über die Möglichkeit informiert, weil sie als Mediatorin immer wieder damit zu tun habe. Allerdings gelte diese Fristenhemmung, die für alle Parteien gültig sei, natürlich nur dann, wenn das Mediationsverfahren läuft, d.h. wenn beide Parteien unterschrieben haben, ein Mediationsverfahren machen zu wollen.

Nachdem die Fam. Stadler nicht unterschrieben habe, gibt es kein solches Verfahren, sondern nur Vorgespräche. Daher gibt es vor Gericht keine Fristenhemmung aufgrund einer Mediation.

Der Gemeinderat habe aber eine beschlossen – in der Annahme, dass es diese Unterschrift geben werde. Sie wisse nicht, ob dieser Beschluss rechtlich oder nur intern für die Gemeinde gültig sei, weil gegenüber der Fam. Stadler habe man das ja nicht öffentlich gemacht.

Diese Vereinbarung halte vor dem Gesetz erst dann, wenn beide Parteien unterschrieben haben.

AL Mag. Marat und AL-Stv. Schreiner weisen darauf hin, dass die Fristen teilweise schon die 6 Monats-Grenze überschritten haben und somit gar nicht mehr eingehalten werden können.

GR Zarfl sagt, es habe sich im Gespräch gezeigt, dass die Fam. Stadler aus den entstandenen Fristversäumnissen kein Kapital schlagen will, weil sie sagt, sie habe das akzeptiert und positiv zur Kenntnis genommen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, trotzdem müsse man bei Nichtzustandekommen einer Mediation die Fristen einhalten, um den rechtlichen Status wiederherzustellen.

GR Zarfl sagt, der heutige Antrag habe keine Auswirkungen auf die Gespräche mit der Fam. Stadler, sondern sei rein nur für den Gemeinderat. Man habe den damaligen Beschluss einseitig gefällt und habe keinen Mediationspartner gefunden. Da man sich damit aber selbst „gefesselt“ habe, könne die Beamtschaft nicht tätig werden, solange der Beschluss nicht behoben werde.

1.Vzbgm. Grinschl ersucht den Gemeinderat, über den Antrag von GR Zarfl abzustimmen.

Der Antrag von GR Zarfl wird **einstimmig beschlossen** (ohne die nicht anwesende GR Posch-Zlöbl).

### **Pkt. 3.: Gratulationen zu Neugeborenen in Form einer Benachrichtigung**

2.Vzbgm. Lang sagt, da es bis dato keinen Beschluss zu dieser Situation gibt, wäre in der Form einer zu fassen. Daher stelle er folgenden **Antrag**:

Der Gemeinderat möge beschließen, ab 01.01.2008 die Gratulationen an Menschen, die von ihren Eltern nach ihrer Geburt mit Wohnsitz in der Gemeinde Lieboch angemeldet wurden (Neugeborene), in Form einer Benachrichtigung über Service-Angebote der Gemeinde für Eltern, Kinderbetreuungseinrichtungen, Tagesmütter etc. zu informieren.

Gleichzeitig wäre der gem. Vorstandsbeschluss der Marktgemeinde Lieboch vom 08.10.2007 beschlossene Babygutschein der Gemeinde Lieboch in der Höhe von € 100,00 mit Glückwünschen an die Eltern zu übergeben.

Für die Übergabe der Benachrichtigungen mit dem Babygutschein sind alle Fraktionen zu gleichen Teilen einzubinden.

Das sei sein Antrag, welchen er auch zur Diskussion stelle, so 2.Vzbgm. Lang.

*Anm.: GR Posch-Zlöbl nimmt wieder an der Sitzung teil.*

GR Koren meldet sich zu Wort und sagt, sie fände dies eine gute Idee, die man endlich einmal umsetzen sollte.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, er wisse nicht, ob alle Eltern bzw. Kinder damit glücklich seien. Das sei einmal eine Frage, ob es nicht eine „Beglückung“ sei. Zweitens sei das dann eine Verpflichtung und dürfe man dann sozusagen niemanden auslassen, das sei auch keine Frage. Drittens wisse er nicht, ob dies aus datenschutzrechtlichen Gründen überhaupt möglich sei. Er sei sich jedenfalls nicht sicher und wisse auch nicht, ob sich seine Fraktion in Hinblick auf den Datenschutz so sicher sei. Daher würde er vorschlagen und bitten, bis zur nächsten GR-Sitzung abzuklären, ob dies datenschutzrechtlich genehmigt sei oder nicht.

2.Vzbgm. Lang stellt fest, er könne verbrieft sagen, dass es aus datenschutzrechtlichen Gründen keinerlei Bedenken gibt. Er könne dies auch vorlesen.

Das sei die Meinung von 2.Vzbgm. Lang, so 1.Vzbgm. Grinschgl.

2.Vzbgm. Lang sagt, das sei nicht seine Meinung, sondern die des Bundeskanzleramtes. Es sei in der Form anders, als all die anderen Gratulationen. Dies sei auch in den Bestimmungen des BKA so beschrieben.

GR Zarfl meint, er habe vollstes Verständnis für die Bedenken des SPÖ-Fraktionsführers, 1.Vzbgm. Grinschgl. Wenn 1.Vzbgm. Grinschgl glaube, dass er aus datenschutzrechtlichen Gründen diesen Beschluss erst in der nächsten GR-Sitzung beschließen möchte, weil er sich noch zusätzlich schlau machen möchte, hätte er zu diesem TO-Punkt einen **Zusatzantrag** und zwar, dass in dieser Zeit, bis zur endgültigen datenschutzrechtlichen Klärung, grundsätzlich Gratulationen durch jedweden politischen Mandatar aus der Gemeinde untersagt sind.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, er sei nicht dafür, da wieder Gemeindebürger darunter zu leiden hätten, die in dieser Zeit nichts bekommen würden. Das finde er nicht richtig.

GR Ing. Schelch fragt, ob es also so sei, dass es unter einer Person rechtlich in Ordnung sei und unter einer anderen nicht.

1.Vzbgm. Grinschgl ist der Ansicht, man könne nicht von vornherein etwas boykottieren. GR Zarfl sagt, man boykottiere damit nichts, sondern stelle nur die Aktivitäten in diese Richtung bis Klärung ein. Entweder gäbe es Bedenken oder nicht.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, es träfe wieder Gemeindebürger, die dadurch benachteiligt würden oder warten müssten.

GR Zarfl weist darauf hin, dass 1.Vzbgm. Grinschgl datenschutzrechtliche Bedenken vorgebracht habe. Dann müsse er auch konsequent sein und das einstellen.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, es habe bis dato noch kein Problem gegeben, wenn man aber einen offiziellen GR-Beschluss fassen wolle, müsse man es auch offiziell klären.

GR Zarfl meint, dann müsse man aber auch bis dahin sämtliche Aktivitäten in dieser Hinsicht einstellen, sonst sei es datenschutzrechtlich sehr bedenklich.

GR Mag. Marx stellt einen **Abänderungsantrag zum Zusatzantrag** von GR Zarfl und zwar, dass die Gratulationen in der Zwischenzeit nicht ausgesetzt werden, sich aber zu den Senioren- und Geburtsgratulationen erkundige und sich dann verpflichtend nach diesen Vorgaben richte.

GR Zarfl weist darauf hin, dass es schon Erkundigungen und auch schon ein Schreiben des BKA an die Gemeinde gegeben habe.

2.Vzbgm. Lang verliest daraufhin auszugsweise aus dem Schreiben des BKA-Verfassungsdienst, Abteilung V/3, GZ: BKA-810.008/0050-V/3/2007:

2.2. Gratulationen an Menschen, die von den Eltern nach ihrer Geburt mit Wohnsitz in der Gemeinde angemeldet wurden (Neugeborene) iVm einer Benachrichtigung

- *Daten desselben Auftraggebers im Fall, dass der Bürgermeister (oder ein Vertreter der Gemeinde) eine Benachrichtigung iVm der Gratulation vornimmt > OK*
- *Auswahlkriterium für den Betroffenenkreis: Datum der Geburt > OK*
- *Zweck der Benachrichtigung: Information über Service-Angebot der Gemeinde für Eltern, Kinderbetreuungseinrichtungen, Tagesmütter etc. > OK*  
*Geheimhaltungsinteressen der Betroffenen unwahrscheinlich > OK“*

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, es sei also rechtlich möglich und es freue ihm ganz besonders, dass im Schreiben angeführt sei, dass der Bgm. gratulieren dürfe. Dies sei ja jedes Mal angezweifelt worden. GR Zarfl weist darauf hin, dass nur von Geburten die Rede sei, man dürfe nicht alles in ein Boot werfen. Von den Geburtstagen sei nicht die Rede.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, es sei ausreichend, wenn der Bgm. als Gemeindeoberhaupt gratuliere. Es werde natürlich eine Abstimmung geben

GR Zarfl und GR Mag. Marx ziehen ihre Zusatzanträge im Anschluss zurück.

2.Vzbgm. Lang meint, die Aufteilung der Geburtengratulationen werde man sich überlegen.

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht über den Antrag von 2.Vzbgm. Lang abzustimmen.

Der Antrag von 2.Vzbgm. Lang wird **einstimmig beschlossen.**

#### **Pkt. 4.: Vision 2020**

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs verweist auf die von ihr zusammengestellte Projektstruktur zum Projekt „Lieboch 2020“, welche an die Bildwand projiziert ist.

Beim GR-Beschluss zu den Ausschussbezügen sei es ja darum gegangen, dass dieses Geld nicht einfach ausbezahlt wird, sondern es gehe einfach darum, was alle tun.

Sie zwar der Meinung, dass alle arbeiten, aber man könne das auch sichtbarer und ein langfristiges Thema daraus machen.

Es sei dies ein nicht befülltes Grundkonzept, wobei GR Mag. Marx den Namen „Lieboch 2020“ geprägt habe. Das Konzept sollte einfach ein Plan sein, wobei ihr die tägliche, aktive Arbeit wichtig sei. Man sei etwa in der Mitte der Legislaturperiode, daher sollte dies außerhalb des Wahlkampfes stattfinden.

Im Gemeinderat sollte auch diese Gesamtvision formuliert werden. Man beschließe eigentlich jedes Mal viele Einzelpunkte, es fehle aber oft die drüberschauende Gesamtvision: „Wie sehen wir eigentlich alle miteinander unser Lieboch?“

Es wäre sicherlich wichtig, eine gemeinsame Bürgerversammlung zu machen, die von jemand anderen gelenkt werde, wo man die Visionen den BürgerInnen vorstelle und sie frage, was sie noch einbringen könnten bzw. was ihrer Meinung nach besser umgesetzt werden könnte oder wo sie auch mithelfen würden, z.B. das Jugendzentrum.

Das können nur unter Mithilfe der Eltern oder Beteiligten oder auch der Jugend im Sport, gemacht werden, wenn es dauerhaft halten soll, aber man erreiche die Menschen vielleicht in Form einer Bürgerversammlung.

Man müsse auch noch einmal klar über die Aufgabenbereiche reden. Sie habe die Ausschüsse, wie es sie gibt, zusammengeschrieben, aber man entscheide oft über die Ausschüsse hinweg und sie glaube, die Ausschüsse hätten wirkliche Budgetverantwortung, für das was passiere.

Wenn dann der Gemeinderat einfach ohne den Ausschussobmann oder die Ausschussobfrau entscheide, dann passiere vielleicht sehr viel außerhalb des Budgets oder derjenige wisse gar nicht, was mit seinen Mitteln passiere.

Sie habe den Punkt „Faire Gemeinde/Klimabündnisgemeinde“ angeführt, nicht weil sie glaube, dass das dies das Allerwichtigste sei, sondern weil sie glaube, dass das einfach alle Themen umfasse und weil es in keinem Ausschuss wirklich enthalten sei.

Im Vorjahr, als die Themen präsent gewesen waren, habe der Bgm. gemeint, ob eh sie (GR Hirschmugl-Fuchs) das mache. Daher habe sie das so in der Projektstruktur stehenlassen. Das andere seien eben die fünf Ausschüsse, die es im Moment gibt, wobei die sehr verschieden schwer mit Arbeit beladen seien. Ihr Vorschlag wäre, dass man sich das in den nächsten ein, zwei Monaten oder im Rahmen des Budgets anschau, wie man da gemeinsam tun könne, um diese Dinge zu besetzen, einfach so eine Vision zu verfolgen.

Sie könne das nicht näher konkretisieren, weil das nicht einer alleine planen könne, das müssten alle gemeinsam leben. Es sei aber eigentlich nichts anderes, als die ganz normale Arbeit, z.B. im Sozialbereich eine Lagerstätte für Dinge, die Menschen nicht mehr brauchen und andere brauchen könnten oder einfach solch vielfältige Dinge, so GR Mag. Hirschmugl-Fuchs.

GR Mag. Marx meint, die allgemeinen Dinge, die der Gemeinderat mache, sollte man nicht minder schätzen. Wenn man sich Bezirksstädte wie Murau anschau, überhole man diese von der Größe her und steuere jetzt auf die 5000-Einwohnergrenze zu und damit seien immer mehr Aufgaben und Verantwortungen verbunden.

Wenn man sich alleine die Verkehrsbelastung und andere Dinge anschau, werde Lieboch in Zukunft einfach vorausplanender umgehen müssen, damit man in Zukunft nicht darauf reagieren müsse, dass man überhaupt nicht mehr auf die LB 70 fahren könne, weil so viele Autos fahren, sondern dass man hier rechtzeitig agiere und reagiere.

Von dem her könne man sich schon auf die zukünftigen Probleme einstellen, so GR Mag. Marx.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs ergänzt, dazu gehöre aber auch, dass man u.U. Fördermittel, die es momentan für nachhaltiges Planen und Arbeiten in einer Gemeinde gibt, abberufen könne.

Ihr sei aufgefallen – und daher habe sie dies in den 3 Kreisen angeführt – man habe keinen dezidierten Ausschuss für die Landwirtschaft, ebenso nicht für die Wirtschaft bzw. Gewerbe und den Verkehr.

Das sei ihr aufgefallen, ohne mit jemanden darüber gesprochen zu haben.

Der Prüfungsausschuss und der Verwaltungsausschuss KEG habe sowieso ein fixes Aufgabengebiet im Zuge ihrer Verantwortung gegenüber dem Gemeinderat. Diesbezüglich gebe es keine Diskussion, was diese Ausschüsse zu tun haben.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs stellt den **Antrag**, sich mit so einer Vision zu beschäftigen, diese auch wirklich festzuschreiben und in dem Sinne auch wirklich zu versuchen, miteinander zu arbeiten.

Der erste Schritt wäre ev. unter Zuhilfenahme eines Externen, aber viell. schaffe man es auch so, eine gemeinsame Vision zu formulieren und tatsächlich eine Bürgerversammlung zu machen.

Dabei könne man sagen, welche Dinge man sowieso mache, was man relativ rasch umsetzen könnte und was man nicht schaffe, weil das Geld nicht da sei oder sich nicht genug Menschen dafür interessieren, so GR Mag. Hirschmugl-Fuchs.

1.Vzbgm. Grinschl fragt, ob daran gedacht sei, dies in den einzelnen Ausschüssen zu besprechen oder dafür wieder einen eigenen Ausschuss zu installieren.

GR Mag. Marx meint, es sei ein wichtiger Bestandteil der Abgeltungen für die Ausschussmitglieder gewesen, dass das schon in den einzelnen Ausschüssen stattfindet.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, von ihrer Einschätzung her müsse der Kinder-Jugend-Sport-Schulausschuss aufgrund der großen Aufgabengebiete, Unmengen von Arbeit haben.

Es könnte aber auch sein, dass der Ausschuss sage, im Bereich Jugendzentrum sollte jemand mitarbeiten – nicht nur aus der Bevölkerung, sondern auch noch zusätzlich aus dem Gemeinderat.

Dazu habe sie sich aber noch keine Gedanken gemacht.

Im Bereich des Jugendzentrums sei es sicher wichtig, dass hier aus der Bevölkerung etwas mitkomme, weil im Gemeinderat hätten alle entweder kleinere oder bereits größere Kinder und man sei daher ein bisschen zu weit weg, aber das sei zu diskutieren.

GR Paar fragt, ob hier an eine Frist gedacht sei.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, wenn etwas weitergehen soll, müsste man sich vornehmen, dass die Erstschritte spätestens bis März 2008 gesetzt werden und auch mit einem Präsentationstermin.

Das sei auch für diejenigen, die etwas tun wollen wichtig, weil sonst nichts weitergehe.

Man könne die Ergebnisse der Arbeiten auch auf der Website präsentieren.

GR Zarfl sagt, diese bankspiegelmäßige Darstellung zeige, wie sich die Felder mit Inhalten füllen könnten; er finde das total toll.

Auch in der aktuellen Bildungspolitik sei in letzter Zeit das Thema „fächerübergreifendes Lernen“ aufgegriffen worden.

Da wäre auch genau der Punkt in dieser Vision, indem jeder Ausschuss oder jede Arbeitsform, die in der Gemeinde schon tätig ist, ihre Arbeit besser dokumentiert bzw. besser transparent macht, so könnten auch die Verantwortlichen untereinander besser kommunizieren und damit könne man Doppelgleisigkeiten ausschalten. Damit könne man auch kontroversielle Entscheidungen von vornherein ausschalten und man könne der Gemeinde viel Ärger und Arbeit ersparen und sich im Außenverhältnis zur Bevölkerung wesentlich besser präsentieren.

Er würde sich freuen, wenn sich der Gemeinderat entschließen könnte, das in Grundzügen schon beschlossene Konzept „Vision 2020“, das jetzt in eine Rohform gegossen worden sei, auch so schnell wie möglich mit Inhalten zu füllen und dass die erste Zwischenbilanz im März 2008 erfolgen soll, sei nicht zu hoch gegriffen und dürfte machbar sein, drei Monate sei eine schöne Frist, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschgl gibt zu bedenken, dass man bei der Schule nicht einwirken könne.

GR Zarfl sagt, das habe nichts mit der Schule zu tun, sondern man arbeite ausschussübergreifend.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, er wolle sich für seine Ausschussobleute dagegen verwehren, dass es heiße, es gehe nichts weiter und man müsse das fixieren, weil es werde eh nichts gemacht.

Das sei schon sehr wohl so rausgekommen, es gehe aber sehr wohl etwas weiter und es würden sehr viele Sachen gemacht, so 1.Vzbgm. Grinschgl.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, sie habe auch ausgedrückt, ihr sei bewusst, wie viel passiert sei, aber dass viele LiebocherInnen und sogar sie manchmal nicht wüssten, was eigentlich alles passiere.

Wenn man das noch besser nach außen kommunizieren und darstellen wolle, sei es einfach auch eine Form der Darstellung. Durch diese Form könnte man sich vielleicht auch manche Diskussion im Gemeinderat ersparen. Sie wolle zuletzt gesagt haben, dass die Arbeit in den Ausschüssen nicht gut sei, was sie gemeint habe sei, wenn man so etwas versuchen möchte und man setze sich keinen Termin, dann brauche man es gleich gar nicht versuchen, weil dann gehe nichts weiter.

Das sei nur auf das Projekt bezogen gewesen, so GR Mag. Hirschmugl-Fuchs.

GR Zarfl sagt, man habe in der Vergangenheit sehr oft erlebt und man erlebe es noch immer, dass Dinge im Gemeinderat zur Beschlussfassung anstünden, die in Ausschüssen vorbereitet wurden und wenn man sich dann in die Materie einlesen wolle, komme das Protokoll zu diesen Vorbehandlungen Monate nachdem es im Gemeinderat beschlossen worden sei.

Wie soll ein Gemeinderat, der nicht in dem Ausschuss ist, sich dahingehend informieren bzw. wie soll man hinterher sagen, war es das oder war es das nicht. Genau um das gehe es, dass eine Chronologie in der Arbeitsweise des Gemeinderates entstehe. Es könne nicht sinnvoll sein, dass die Protokolle zu

den Vorentscheidungen zu einem Zeitpunkt herauskommen, wo die Sache selbst nicht mehr aktuell sei, weil sie schon lange Vergangenheit sei, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, die Bediensteten würden sich sehr wohl um ein rechtzeitiges Protokoll bemühen.

GR Zarfl meint, es sei die politische Aufgabe, die Arbeiten so aufeinander abzustimmen und abzuhandeln, dass es ohne die Gemeindebediensteten und das habe mit den Gemeindebediensteten überhaupt nichts zu tun, ganz im Gegenteil. In Summe sollten sie weniger belastet werden und er glaube, gerade der Prüfungsausschuss sei einer derjenigen Ausschüsse, der es schaffe, auch wenn es manchmal schwierig sei, nach jeder Sitzung mit einem fertigen Bericht abzuschließen.

Es mag schon sein, dass es z.B. beim Flächenwidmungsplan etwas schwieriger werde, dass man das sofort machen könne, aber dass das Protokoll Monate später komme, wenn der Flächenwidmungsplan bereits beschlossen sei, sei es nicht unbedingt in der Sache des Erfinders.

Wenn man vorher plane, wisse man ganz genau, dort brauche man Ressourcen und woanders nicht, so GR Zarfl.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, das seien aber Details, ihr sei es ums Große gegangen, dass man gemeinsam hinschaue und einen großen Rahmen zu machen und zu sagen, in diesem Rahmen bewege man sich und was außerhalb sei, müsse man sich überlegen und genau hinschauen, ob es möglich sei oder nicht.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, das Projekt sei ja eine gute Sache, nur der große Rahmen sei das Gemeindeamt. Da könne jeder nachschauen und seine Arbeit auch so in jedem Ausschuss einbringen. Er habe nur leider noch keine Ideen in seinem Ausschuss gehört, außer von seiner Fraktion.

GR Mag. Marx ist der Ansicht, niemand sage, dass das was derzeit in Lieboch gemacht werde, nicht gut gemacht werde bzw. dass die Gemeindebediensteten schlecht arbeiten, aber man könne einen Plan erstellen, was in Zukunft wichtig sei und dafür solle das da sein, nicht um eine doppelte Struktur aufzubauen.

Man sollte sich zusätzliche Ziele setzen, z.B. wenn man in Lieboch ein Eisenbahnmuseum mache, solle man sich überlegen, was das für einen Sinn habe bzw. wie man das weiter einsetzen oder nutzen könne. Vor solchen Entscheidungen sollte man berücksichtigen, was das in den nächsten 10 bis 20 Jahren für Auswirkungen habe und nicht erst später. Genauso bei einer Eisstockhalle etc.

GR Paar sagt, nicht das Gemeindeamt sondern der Gemeinderat setze das um, gefordert sei also der Gemeinderat. Den Auftrag gebe man dann der Gemeinde, aber umsetzen müsse es der Gemeinderat.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, er habe nie etwas von umsetzen gesagt, sondern nur, dass das Gemeindeamt die Zentrale sei.

GR Mag. Marx meint, es sei wichtig, dass das was man hier beschließe nicht die Arbeit der Gemeindebediensteten sei, sondern die der Ausschüsse.

1.Vzbgm. Grinschgl fragt, über was man heute abstimmen solle.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, dass man die Arbeit in Form eines Rasters dokumentiere. Es könne auch ein anderer Vorschlag kommen. Man brauche eine Dokumentation und dazu könne jeder seine Visionen einbauen.

GR Zarfl sagt, wenn er das richtig verstanden habe, sei der heutige Antrag so, dass eben in Fortsetzung des bereits Beschlossenen, zur Erfüllung dieses Beschlusses das ein Vorschlag sei und dass man versuche, dem in den nächsten 3 Monaten so viel wie möglich an Inhalt aus der politischen Seite zu geben. Das habe mit den Bediensteten nichts zu tun, weil das rein die Aufgabe der politischen Funktionäre sei. Spätestens in 3 Monaten sollte man zusammenkommen und schauen, was man zusammengebracht habe, was man besser machen und was man an dem Raster und der Arbeit

verbessern könne, damit man schneller, effizienter und transparenter und nützlicher für die Gemeinde arbeiten könne.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, das sollte jeder, wenn er zur Ausschusssitzung kommt, einbringen können. Genau das sei bisher als Nichtmitglied eines Ausschusses nicht möglich gewesen, so GR Zarfl.

GR Mag. Marx meint, man könne die Vision in jeden Ausschuss als Punkt aufnehmen.

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht über den eingangs gestellten Antrag von GR Mag. Hirschmugl-Fuchs abzustimmen.

Der Antrag von GR Mag. Hirschmugl-Fuchs wird **einstimmig beschlossen**.

### **Pkt. 5.: Nachttaxi; geänderte Konditionen**

GR Mag. Marx sagt, im Gemeinderat habe man beschlossen (GR-Beschluss vom 05.11.2007), dass die Gemeinde die Kosten für das Nachttaxi zu den damaligen Konditionen übernimmt.

Am Tag nach der GR-Sitzung habe Herr Müllner vom Taxi Pichler kurzfristig abgesagt und mitgeteilt, mit dem Nachttaxi aufzuhören.

Es sein nicht leicht gewesen, ein anderes Unternehmen für den Betrieb des Nachttaxis zu finden. Dabei sei man auf die Fa. WWS Taxibetriebs GmbH von Herrn Binder-Kriegelstein gekommen.

Das Nachttaxi verkehre ganz gleich wie bisher von der Endstation Seiersberg im Anschluss an den Grazer Nachtbus.

Geändert habe sich allerdings der Grundpreis pauschal auf € 19,00 pro Fahrt (vorher € 15,00) – dieser Preis sei von der Gemeinde zu übernehmen; der Selbstbehalt der jeweiligen Fahrgäste beträgt pro Person € 3,00 und stellt GR Mag. Marx den **Antrag**, das Nachttaxi in dieser Form zu beschließen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, man habe berechnet, wenn durchschnittlich pro Wochenende drei bis vier Fahrten von den sechs möglichen zustande kommen, gehe man davon aus, dass die Jahreskosten zwischen € 2.500,00 und € 3.000,00 liegen.

Daher habe man diesen Tagesordnungspunkt noch einmal eingebracht, damit es im Nachhinein nicht heiße, es sei nun ein anderer Betrag für die Gemeinde zu übernehmen und das sei nicht abgestimmt.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, des Nachttaxi werde nun teurer und noch dazu mit einem auswärtigen Unternehmen betrieben.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs entgegnet, das Nachttaxi sei 2 Jahre lang unter den gleichen Konditionen gefahren, insofern habe das von ihrer Fraktion nicht „überhudelt“ sein können.

Am Tag nach der Abstimmung im Gemeinderat hatte man die Kündigung des Vertrages.

Damit habe man nicht gerechnet, weil sonst wäre man mit den Tatsachen in den Gemeinderat gegangen. Fairerweise müsse man sagen, es stimme der Betreiber nicht mehr und der Preis nicht mehr. Man könne noch einmal „Nein“ sagen, man lege es noch einmal mit den geänderten Bedingungen auf den Tisch. Es sei leider so und sie ersuche, auch diesen Bedingungen zuzusagen.

*Anm.: GR Helene Marx verlässt den Sitzungssaal.*

GR Mag. Marx fügt hinzu, man hätte gerne einen örtlichen Anbieter genommen, das Problem sei aber gewesen, dass dieser relativ unfreundlich abgesagt habe. Man habe einen gesucht, der sehr verlässlich sei und von allen, die bisher das Nachttaxi in Anspruch genommen haben, sehr gelobt werde.

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht den Gemeinderat, über den Antrag von GR Mag. Marx abzustimmen.

Für den Antrag stimmen

1.Vzbgm. Grinschgl, GR Koren, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ),

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖkR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler (SPÖ).

GR Horwath enthält sich der Stimme (= gilt als Gegenstimmen).

Der Antrag wird somit **beschlossen** (13 Dafürstimmen : 4 Gegenstimmen : 1 Stimmenthaltung)

*Anm.: GR Helene Marx nimmt wieder an der Sitzung teil.*

## **Pkt. 6.: Sitzungsplanung für GR-Sitzungen**

GR Paar stellt den **Antrag**, die Sitzungstermine für Gemeinderatssitzungen ein halbes Jahr voraus zu planen. Es würden sich sonst wirklich viele beruflich sehr schwer tun und es habe in der Vergangenheit sehr gut funktioniert. Die Ausschuss-Sitzungen könne man ohnehin nicht planen, aber die Gemeinderatssitzungen sehr wohl.

1.Vzbgm. Grinschl sagt, am schwersten habe es seine Fraktion von den Berufstätigen her, die Gemeinderäte aus seiner Fraktion seien aber immer anwesend.

GR Zarfl meint, jetzt werde es wirklich spannend und fragt, ob nicht leichter sei, die Termine auf 10 Leute aufzuteilen im Gegensatz dazu, wenn jemand alle Termine alleine wahrnehmen müsse.

1.Vzbgm. Grinschl bezweifelt, ob es wirklich so gut möglich sei, die Termine so weit voraus zu planen, da immer wieder aktuelle Angelegenheiten reinkommen.

1.Vzbgm. Grinschl ersucht den Gemeinderat, über den Antrag von GR Paar abzustimmen.

Der Antrag von GR Paar wird **einstimmig beschlossen**.

## **Pkt. 7.: Gebührenerhöhungen 2008**

### **a.) Müllgebühren (ab 01.01.2008)**

1.Vzbgm. Grinschl stellt den **Antrag**, die Müllgebühren ab 01.01.2008 um 3 %, wie folgt, zu erhöhen.

	2007	<b>ab 01.01.2008 – 3% Erhöhung</b>	
<b>a.)</b> Grundgebühr für 120 l Restmüllgefäß (bzw. pro Haushalt)	€ 79,74	<b>€ 82,13</b>	jährlich
<b>b.)</b> Grundgebühr für 240 l Restmüllgefäß	€ 159,48	<b>€ 164,26</b>	jährlich
<b>c.)</b> Müllgebühr pro Person	€ 27,85	<b>€ 28,69</b>	jährlich
<b>d.)</b> Biomülltonne (120 l)	€ 24,33	<b>€ 25,06</b>	jährlich
<b>e.)</b> Biomülltonne (240 l)	€ 48,66	<b>€ 50,12</b>	jährlich
<b>f.)</b> Grundgebühr für Gewerbe (120 l)	€ 79,74	<b>€ 82,13</b>	jährlich
<b>g.)</b> Grundgebühr für Gewerbe (240 l)	€ 159,48	<b>€ 164,26</b>	jährlich
<b>h.)</b> Grundgebühr für Gewerbe (360 l)	€ 239,20	<b>€ 246,38</b>	jährlich
<b>j.)</b> Müllgebühr nach Gewicht *	€ 0,34	<b>€ 0,35</b>	pro kg Restmüll

2.Vzbgm. Lang sagt, man habe seit 2006 die Müllgebühren um insgesamt 18 % erhöht.

GR Paar fügt hinzu, am 01.01.2006 seien die Gebühren um 7 %, am 01.01.2007 um 8 % und nun sollen die Gebühren um 3 % erhöht werden.

1.Vzbgm. Grinschl sagt, die Kosten für die Müllabfuhr und –entsorgung würden explodieren.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fragt, warum dies so sei, ob dies an der fehlenden Mülltrennung liegt bzw. wie man dies den Bürgern erklären könne.

AL Mag. Marat erklärt, man erhöhe oft die Gebühren einige Jahre nicht und komme dann in die Lage, auf einmal größere Erhöhungen von beispielsweise 7 oder 8 % machen zu müssen.

Bei den Müllverträgen habe man meistens eine Indexanpassung, die jährlich etwa 2 bis 3 Prozent betrage.

In der Gemeinde Dobl werde es etwa so gemacht, dass die Erhöhung jährlich in Höhe der Indexsteigerung beschlossen werde, dann habe man kleinere Anpassungsschritte.

Die Sachen werden einfach jährlich aufgrund der gesteigerten Transportkosten, Maut, Löhne etc. teurer und müssen überwältigt werden; das seien auch die hauptsächlichen Gründe für die Erhöhung.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fragt, wie es mit der verbandsweiten Ausschreibung aussieht.

AL Mag. Marat informiert, dass für die Abfallverwertung der Abfallwirtschaftsverband Graz-Umgebung zuständig ist. Man habe es aber in der Vergangenheit nicht geschafft, verbandsweit auszuschreiben, weil die meisten Gemeinden gesonderte Verträge abgeschlossen haben, aus denen man nicht rausgekommen sei.

In einer Sitzung des Abfallwirtschaftsverbandes wurde beschlossen, dass alle Gemeinden des Bezirkes GU eingeladen werden, an der nächsten Ausschreibung teilzunehmen.

Diese Ausschreibung findet im Jahr 2008 statt und die MG Lieboch habe auch unterschrieben, an der Ausschreibung teilzunehmen, weil man gesetzlich dazu verpflichtet sei.

Man starte aber erst dann, wenn die laufenden Verträge der MG Lieboch auslaufen.

Daraufhin können die Gebühren an das Ausschreibungsergebnis angepasst werden.

Bei der letzten Ausschreibung sei der Verband schlechter gefahren, als etwa die MG Lieboch. Man habe „noch“ relativ gute Verträge, man könne aber nicht sagen, wie das Ausschreibungsergebnis aufgrund der diesmal großen Menge sein werde; eine Prognose würde er sich auch nicht erlauben.

Man sei aber sowieso gesetzlich dazu verpflichtet, an der Ausschreibung teilzunehmen, daher habe man auch keinen diesbezüglichen Beschluss gebraucht, so AL Mag. Marat.

1.Vzbgm. Grinschl ersucht über seinen Antrag abzustimmen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

#### **b.) Kindergarten- und Kinderkrippengebühren (ab 01.09.2008)**

1.Vzbgm. Grinschl stellt den Antrag, die Kindergarten- und Kinderkrippengebühren ab 01.09.2008 um 5 % zu erhöhen. Der tatsächliche Kostenaufwand werde durch die Gebühren bei weitem nicht gedeckt.

	<i>ab 01.09.2007 (11 x jährlich)</i>	<i>ab 01.09.2008 - 5% Erhöhung</i>	
Halbtag	€ 109,09	<b>€ 114,55</b>	monatlich
Ganztag (bis 15.00 Uhr)	€ 145,46	<b>€ 152,73</b>	monatlich
Erweiterter Ganztag bis 17.00 Uhr	€ 181,82	<b>€ 190,91</b>	monatlich
Halbtag (für auswärtige Kinder)	€ 139,09	<b>€ 146,05</b>	monatlich
Ganztag bis 15.00 Uhr (für auswärtige Kinder)	€ 175,46	<b>€ 184,23</b>	monatlich
Erweiterter Ganztag bis 17.00 Uhr (für auswärtige Kinder)	€ 211,82	<b>€ 222,41</b>	monatlich

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

### c.) Hundesteuer (ab 01.01.2008)

1.Vzbgm. Grinschgl stellt den Antrag, die Hundesteuer ab 01.01.2008 von derzeit € 15,00 auf € 20,00/Hund/Jahr zu erhöhen.

	2007	ab 01.01.2008	
pro Hund	€ 15,00	€ 20,00	jährlich

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

### Pkt. 8.: Voranschlag 2008

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht Frau Gerl um nähere Ausführungen zum Voranschlag 2008.

Frau Gerl teilt mit, dass der Voranschlag 2008 zwei Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt ist.

Der ordentliche Haushalt ist ausgeglichen mit einem Betrag von € 6,177.200,00.

Im außerordentlichen Haushalt betragen die veranschlagten Einnahmen € 2,015.300 und die Ausgaben € 2,053.600,00, das ergibt einen Abgang von € 38.300,00.

In den außerordentlichen Haushalt konnte der Betrag von € 140.700,00 zugeführt werden.

GR Zarfl sagt, er habe zum Tagesordnungspunkt „1.Nachtragsvoranschlag 2007“, der aus terminlichen Gründen abzusetzen war, im abgelaufenen Jahr und auch im Prüfungsausschuss angemerkt, dass diverse Querverbindungen zwischen KEG und Gemeinde aus seiner Sicht nicht in der richtigen Form umgesetzt seien. Niemand sei allwissend; man habe eine eigene Prüfungsausschuss-Sitzung „Rechnungsabschluss 2006 – KEG“ gehabt, wo die Vertreterin der Fa. Kommunal Consult, Frau Mag. Kaufmann-Math, sehr lang und breit referiert habe.

Sie habe auch eine kurze schriftliche Zusammenfassung, die leider nicht so umfassend und informativ ausgefallen sei, als ihre mündlichen Darbietungen, dargestellt.

Man müsse sagen, dass tatsächlich ein Fehler in der Betrachtung passiert sei, sprich dass die reinen Anlagevermögen nicht kapitalisiert werden sollen, da es im Prinzip damit zu einer Sparkasse ausarten würde.

Was sehr wohl und für ihn sehr verwunderlich sei, dass sie mit einer jovialen Geste darüber gegangen sei, dass Zinsdienste Aufwendungen des laufenden Haushaltes seien und Frau Mag. Kaufmann-Math habe sämtliche Zinsdienste aus der KEG für Kreditfinanzierungen dem Anlagevermögen zugeordnet und das sei aus seiner Sicht nicht sinnvoll und nicht zielführend, denn viele Häuselbauer haben ihr Haus auch mit Darlehen finanziert und wenn das Haus im Anschaffungspreis € 200.000,00 kostet und durch die Kreditfinanzierung auf € 250.000,00 oder € 300.000,00 kommt, so sei das Haus trotzdem nicht € 300.000,00 wert, d.h. man könne den Zinsdienst nicht dem Anlagevermögen zuschlagen. Das sei die Entscheidung des Eigentümers und ihm habe das kein Finanzberater vernünftig erklären können, ganz im Gegenteil, alle hätten gesagt, Hände weg von solchen Transaktionen, weil man sich da vorgaukle, eine bessere Situation zu haben, als sie tatsächlich sei.

Darum stelle er den **Antrag**, dass – bereinigt um diese Anlagebeträge – die Abrechnung der KEG für das Jahr 2006, der Zinsdienst dem laufenden Haushaltsjahr zuzuzählen und dementsprechend auch zu finanzieren ist und damit auch in den Voranschlag einzuarbeiten wäre.

Da das nicht geschehen sei, werde er dem Voranschlag in der Form seine Zustimmung nicht geben.

Um für die Zukunft solche Missverständnisse auszumerzen, stelle er den **Antrag**, für die Beschlussfassung des Budgets in einer der folgenden GR-Sitzungen, einen **Budgetausschuss** zu installieren, der genau diese Dinge diskutiere, sodass es in einer GR-Sitzung nicht wieder zu Diskussionen kommt, man sei jetzt in Zugzwang oder man habe Dringlichkeit.

Ein Ausschuss könne sich damit über Wochen und Monate beschäftigen und das ganze Jahr über wichtige Daten in die Budgetansätze einbringen und wenn das Budget dann erstellt werde, seien alle politisch relevanten Entscheidungen bereits gefallen und so sollte es auch sein.

Das würde auch dem Projekt „Vision 2020“ entsprechen, dass im Gemeinderat weniger diskutiert und gestritten werden müsse, sondern dass die Entscheidungen vorab gut überlegt und diskutiert werden und für alle tragfähig seien, so GR Zarfl.

GR Paar sagt, sie habe sich betr. Industriegebiet-West, wo Kapitaltransferzahlungen von etwa € 882.000,00 veranschlagt seien, informiert.

Bei den Verträgen mit den Grundstückseigentümern handle es sich um eine Fläche von ca. 11 ha; dabei komme nie eine Summe von € 882.000,00 zustande.

Sie habe sich auch beim Land informiert und da sei sehr wohl gesagt worden, man könne nur beabsichtigte Vorhaben in das Budget aufnehmen, die auch im Jahr 2008 umgesetzt werden und € 882.000,00 können nach den Verträgen nicht umgesetzt werden.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, das könne man nicht wissen, ob nicht auf einen Schlag alles verkauft werde.

GR Paar meint, vielleicht, nur es sei nicht da und ihre Fraktion werde dem Budget nicht zustimmen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, es gehe auch um die kaufmännische Vorsicht, wenn sich das in den Vorjahren nicht so entwickelt habe und für das kommende Jahr nicht ersichtlich sei, dass die ganzen € 882.000,00 tatsächlich erwartet werden können.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, die Vorsicht habe unser Bgm. über die Jahre sehr wohl bewiesen und habe von den hohen Schulden sehr viel abgebaut und gleichzeitig sehr viel investiert.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fragt, ob es tatsächlich Hinweise darauf gibt, dass Verträge über diese Höhe gemacht werden können, wie etwa Vorgespräche, Interessentengespräche.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, es laufe ja auch eine Mediation, dass verkauft werde.

GR Zarfl widerspricht dem und sagt, da laufe gar nichts mehr, sondern es habe den Versuch gegeben,

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, das wisse er nicht.

GR Zarfl meint, es heiße, man kümmere sich nicht, er wisse aber z.B., dass diese Mediation gescheitert sei.

GR Mag. Marx ist der Ansicht, solange keine Vorverträge bestünden, gäbe es das Mindestwertprinzip und man könne den Betrag in der Höhe nicht veranschlagen.

2.Vzbgm. Lang fragt, welchen Betrag man tatsächlich annehmen könne.

Frau Gerl sagt, im Vorjahr habe man € 700.000,00 veranschlagt. Dieser Betrag sei vom Bgm. angesagt worden und handle es sich dabei um eine geschätzte Summe.

GR Zarfl fragt, wie viel 2007 tatsächlich hereingekommen sei.

Frau Gerl teilt mit, dass gar nichts lukriert werden konnte.

GR Zarfl meint daraufhin, die Schätzungen des Bgm. seien doch nicht so zuverlässig, wie 1.Vzbgm. Grinschgl vorhin gesagt habe.

Der Haushalt stehe dadurch gesünder da, als er tatsächlich sei. Man werde ja die Projekte und Kostenplanungen für diese, daraufhin aufstellen, ob man aus den eigenen vorhandenen Mitteln ausfinanzieren könne und man damit rechnen könne, dass aus diesem Titel etwas hereinkomme.

Da sei die kaufmännische Vorsicht gefragt, so GR Zarfl.

VM ÖkR KONRAD sagt, er sei froh, das Industriegebiet-West gemacht zu haben, denn 2 Monate später wäre das nicht mehr möglich gewesen und Lieboch wäre „gestorben gewesen“.

Man habe die beste Infrastruktur, aber die Verhandlungen führe der Bgm. und man habe da kein Recht, irgendetwas zu machen.

Lannach sei in der Zeitung mit den meisten Zuwächsen angeführt, sogar Mooskirchen und Söding seien besser wie Lieboch – da stimme etwas nicht, so VM ÖkR KONRAD.

1.Vzbgm. Grinschgl entgegnet, der Bgm. habe auch kein Recht, über die Gst. zu entscheiden.

VM ÖkR KONRAD erwidert, der Bgm. sei aber Verhandlungspartner.

1.Vzbgm. Grinschl sagt, wenn die Grundeigentümer nicht verkaufen, könne der Bgm. auch nichts machen.

GR Zarfl sagt, er habe mit ein paar anderen Gemeinden Kontakt geknüpft, gerade wegen dem Industriegebiet-West, weil das ein großer Brocken sei und ihm das sehr weh tue.

Es hätten ein paar Bgm. die Hände vors Gesicht geschlagen und gefragt, wie man so einen Vertrag machen könne, weil man gerade von der Vorsicht spreche und darum sei man jetzt bei der Vision.

Je mehr Leute ihre Ideen einbringen, desto mehr seien die Entscheidungsträger in der Lage, sich Informationen für die Entscheidungsfindung aus dem Topf herauszunehmen.

Die Entscheidung für das I-West sei absolut nachvollziehbar und er sei froh, dass sie gefasst worden sei. Nur dass man dann mit den Grundstückseigentümern Verträge abschließe, die die Grundstückseigentümer berechtigen, nach der Umsetzung, den Preis noch einmal in die Höhe zu schrauben, anstatt vorher den Preis festzusetzen oder eben die Aufschließung nicht zu bauen, sei nicht unbedingt die weise kaufmännische Voraussicht, von der man rede.

An diesen Fehlern knabber man und das sei Fakt. Es habe gar keinen Sinn, jetzt jemanden den „schwarzen Peter“ hinaufzuhängen, man müsse das gemeinsam lösen.

Diese Verträge habe aber der Bgm. in Alleinregie gemacht und seien dem Gemeinderat erst dann vorgelegt worden, wie sie schon ausverhandelt gewesen seien, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschl sagt, das habe aber mit dem Voranschlag 2008 nichts zu tun.

Genau das sei es aber, weil aus diesen Gründen nichts zu erwarten sei, weil die Grundstückseigentümer weiter lizitieren werden, weil man sie in die Lage versetzt habe.

Wie auch immer, wie groß das Gremium auch sei, dass das verbockt habe – letztendlich habe es der Gemeinderat verbockt. Man könne dann aber nicht hergehen, nur damit man optimistisch in die Zukunft planen könne, davon auszugehen, dass man in diesem Jahr alles lukrieren bzw. verkaufen könne.

Weil man auch von der weisen Voraussicht rede – der Wirtschaftshof sei in den Jahren 1995 geplant und fertiggestellt worden. In diesen Jahren habe die ÖVP mit der FPÖ die Mehrheit im Gemeinderat gehabt und man habe damals vehement, auch gegen die SPÖ-Fraktion, gewisse Entscheidungen durchgeboxt. Der Bgm. habe damals gesagt, einen Wirtschaftshof könne man unter ATS 20 Mio. nicht bauen und man habe den Wirtschaftshof mit ATS 10,35 Mio. präliminiert und gebaut.

Jedes andere Projekt, wie Gemeindezubau, Museum, Kindergarten-Kinderkrippe, die in den Folgejahren vom Bgm. budgetiert wurden, seien im Schnitt um das Drei- bis Vierfache in der Abrechnung teurer gewesen, als vorher und das sei eben nicht auf Dauer finanzierbar und das mit solchen Finanztricks unter dem Motto „wir hätten ja das Geld, wenn wir es verkaufen.“

Man habe es aber nicht, wenn man es habe, könne man drüber reden, aber bis dahin müsse man den Gürtel enger schnallen. Es gehe darum, dass die Vorausschau nie gestimmt habe, so GR Zarfl.

Die Rückzahlungen müsse man aber auch irgendwo hernehmen, so GK Blümel.

GR Zarfl sagt, aber von den € 882.000,00 könne man nichts hernehmen, weil man sie nicht bekomme.

Die Rückzahlungen könne man nur von tatsächlichen Einnahmen bedienen.

Er könne auch nicht sein Wirtshaus komplett neu ausbauen, weil er glaube, er verkaufe im nächsten Jahr doppelt so viele Essen. Die Bank werde ihm den Kredit erstens gar nicht geben und zweitens so schnell anziehen, dass er gar nicht so schnell schauen könne, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschl meint, vielleicht doch, wenn man gut verhandle.

GR Zarfl sagt, dann lasse er das 1.Vzbgm. Grinschl machen, wenn er ihm eine Bank bringen könne, die so was finanziere, sage er nichts mehr und stimme überall mit.

Er habe dazu nichts mehr zu sagen, seine Meinung stehe, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschl stellt daraufhin den **Antrag**, der Gemeinderat möge anlässlich des Voranschlages 2008 beschließen:

I. Festsetzung des Voranschlages

Der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2008 wird wie folgt festgesetzt:

Ordentlicher Haushalt:

Summe der Einnahmen	€ 6,177.200,00
Summe der Ausgaben	€ 6,177.200,00
Überschuß / Abgang*	€ 0,00

Außerordentlicher Haushalt:

Summe der Einnahmen	€ 2,015.300,00
Summe der Ausgaben	€ 2,053.600,00
Abgang*	€ 38.300,00

II. Festsetzung der Steuerhebesätze

- a.) **Grundsteuer** - für land- und forstwirtschaftl. Betriebe ..... 500 v. H. der Messbeträge  
 - für sonstige Grundstücke ..... 500 v.H. der Messbeträge
- b.) Die **Lustbarkeitsabgabe** wird im Haushaltsjahr 2008 in dem in der Abgabenordnung festgesetzten Ausmaß erhoben.
- c.) Die **Hundeabgabe** wird im Haushaltsjahr 2008 mit € 20,00 pro Hund erhoben.

III. Der Höchstbetrag der Kassenkredite,

die im Haushaltsjahr 2008 **zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Haushaltes** in Anspruch genommen werden dürfen, wird **mit € 1,029.500,00 festgesetzt.**

IV. Der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen,

die **zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes** bestimmt sind, wird auf € 300.000,00 festgesetzt. Dieser Gesamtbetrag ist nach dem außerordentlichen Voranschlag für folgende Zwecke zu verwenden:

Straßensanierung, Geh- und Radwege mit Ausbau	
Straßenbeleuchtung .....	€ 300.000,00

V. Der Dienstpostenplan

GR Zarfl wiederholt seinen **Antrag**, aufgrund der genannten Argumente, stelle er den Antrag, dem vorgelegten Voranschlag 2008 nicht zuzustimmen und stattdessen einen Budgetausschuss zu installieren, der in der heutigen Sitzung fixiert werden soll.

1.Vzbgm. Grinschl ersucht den Gemeinderat, über den Antrag abzustimmen.

Für den Antrag stimmen

GR Koren, GR Warzinger (SPÖ), GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖkR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

1.Vzbgm. Grinschl, GK Blümel, GR Horwath, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler und GR Werner Riegler (SPÖ).

GR Scherz enthält sich der Stimme (= gilt als Gegenstimmen).

Der Antrag von GR Zarfl wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 7 Gegenstimmen : 1 Stimmenthaltung)

1.Vzbgm. Grinschl ersucht den Gemeinderat daraufhin, über seinen Antrag abzustimmen.

Für den Antrag stimmen

1.Vzbgm. Grinschgl, GK Blümel, GR Horwath, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler und GR Scherz (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Koren (SPÖ), GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖkR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

GR Warzinger enthält sich der Stimme (= gilt als Gegenstimmen).

Der Antrag von 1.Vzbgm. Grinschgl wird somit **abgelehnt** (8 Dafürstimmen : 10 Gegenstimmen : 1 Stimmenthaltung)

### **Pkt. 9.: Marktgemeinde Lieboch; mittelfristige Finanzplanung 2008 – 2012**

GR Zarfl sagt, da der Voranschlag 2008 nicht beschlossen wurde, sei dieser Tagesordnungspunkt obsolet. Entweder setze der Verhandlungsleiter den Punkt selbsttätig ab oder man müsse darüber abstimmen, dann stelle er gerne den Antrag auf Absetzung.

1.Vzbgm. Grinschgl stellt den **Antrag**, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und ersucht um Zeichen der Zustimmung.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

### **Pkt. 10.: Budgetausschuss**

GR Zarfl sagt, zum den Budgetausschuss könne man noch die Frage stellen, ob er wie die Fachausschüsse zusammengestellt sein soll oder in der Form wie der Prüfungsausschuss; das müsste der Gemeinderat beschließen.

Der Vorteil via Fachausschuss sei, dass das Prozedere einfacher sei, der Vorteil in der Zusammensetzung wie der Prüfungsausschuss sei seiner Meinung nach, dass man die größtmögliche Bandbreite an Meinungen habe, d.h. wenn der Voranschlag dort passiere, gehe er durch.

Der Gemeinderat könne jeden Ausschuss in der Zusammensetzung so beschließen, wie er möchte, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, der Prüfungsausschuss sei aber gesondert.

GR Zarfl sagt, beim Prüfungsausschuss sei es vom Landesgesetz vorgegeben und Pflicht, bei den anderen Ausschüssen sei es im Ermessen des Gemeinderates.

Die Gründung des Ausschusses sei im Zuge des Tagesordnungspunktes 8. (Voranschlag 2008) beschlossen worden, jetzt gehe es um die Zusammensetzung des Ausschusses, nämlich ob er wie die Fachausschüsse oder wie der Prüfungsausschuss zusammengesetzt sein soll.

Wenn es einen Antrag gibt, dass der Budgetausschuss wie der Prüfungsausschuss zusammengesetzt sein soll, könne man das machen.

Wenn es keinen Antrag gebe, stelle er den **Antrag, im Interesse der schnellstmöglichen und effizientesten Arbeitsweise**, d.h. wenn alle Fraktionen am Tisch sitzen, dann wird das, was dort erarbeitet wird, auch in der Gemeinderatssitzung hoffentlich beschlossen werden können, weil es dann keine Missverständnisse mehr geben werde, **den Budgetausschuss von der Personenanzahl in derselben Zusammensetzung zu beschließen, wie der bestehende Prüfungsausschuss.**

Das heiße nach dem D'Hondtschen Verfahren mit 6 Mitgliedern plus für jede weitere im Gemeinderat vertretene Fraktion je einen Sitz, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschgl fragt GR Zarfl, ob das nicht zuviel Arbeit für ihn sei.

GR Zarfl entgegnet, im Interesse der Gemeinde, auch wenn es eine zynische Zwischenfrage gebe, sei ihm keine Arbeit zu schwer.

Es gehe jetzt darum, wie viele Mitglieder im Ausschuss sitzen sollen und danach haben die Fraktionen wie bisher das Nominierungsrecht.

1.Vzbgm. Grinschgl weist darauf hin, dass vorher eine fraktionelle Besprechung notwendig sei.

GR Zarfl schlägt eine kurze Sitzungsunterbrechung vor, um heute noch die Nominierungen für den Budgetausschuss festzulegen.

*Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 21.35 bis 21.52 Uhr.*

1.Vzbgm. Grinschgl setzt die Sitzung fort und teilt mit, dass er keine Mitglieder für den Budgetausschuss zusammenbekommen habe.

Daher ersuche er um Verschiebung der Nominierung auf die nächste GR-Sitzung.

GR Zarfl macht 1.Vzbgm. Grinschgl darauf aufmerksam, dass er damit die Erstellung eines Voranschlages 2008 leichtfertig auf die lange Bank schiebe und er grundsätzlich von der Fraktion her gar nicht berechtigt sei. Er habe das richtig mit einer Bitte formuliert, aber er sei nicht bereit dem stattzugeben, denn es sei zumutbar, zumal die Zusammensetzung eines Ausschusses nachträglich wieder geändert werden könne.

Es gehe auch darum, so rasch wie möglich eine konstituierende Sitzung zusammenzubringen. Wenn man das auf die nächste GR-Sitzung verschiebe, habe man vor Juli kein Budget und er mache 1.Vzbgm. Grinschgl darauf aufmerksam, dass man dann einen Regierungskommissär habe, so GR Zarfl.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, wenn es so dringlich wäre, hätte man dem Voranschlag 2008 heute beschließen können.

GR Zarfl sagt, wenn der Voranschlag korrekt gewesen wäre, hätte man ihn beschlossen.

GK Blümel behaupte immer, die KEG werde geprüft. Die KEG werde, außer vom Prüfungsausschuss nicht geprüft, weil die Gemeindebehörde sich schriftlich für die KEG für nicht zuständig erklärt habe, so GR Zarfl.

Im Anschluss werden von den Fraktionen folgende Mitglieder für den Budgetausschuss nominiert:

	<b>Mitglieder</b>	<b>Ersatzmitglieder</b>
FPÖ	GR Rudolf Zarfl	---
GRÜNE	GR Mag. Monika Hirschmugl-Fuchs	GR Mag. Thomas Marx
ÖVP	GR Magdalena Paar	GR Dipl. Tzt. Andreas Aichholzer
ÖVP	GR Christian Tengg	GR Ing. Richard Schelch
SPÖ	GK Maria Blümel	---
SPÖ	GR Renate Koren	---
SPÖ	GR Anna Riegler	---
SPÖ	GR Werner Riegler	---

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, man solle einfach miteinander schauen und es probieren.

GK Blümel sagt, wenn das Miteinander so gepflegt werden würde, habe sie überhaupt kein Problem, aber die Kluft werde immer weiter.

1.Vzbgm. Grinschgl stellt den **Antrag**, die Nominierungen zu beschließen.

Für den Antrag stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖkR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

GR Posch-Zlöbl enthält sich der Stimme (= gilt als Gegenstimme).

Der Antrag wird somit **beschlossen** (18 Dafürstimmen : 1 Gegenstimme).

*Anm.: Zuhörer verlässt den Sitzungssaal.*

***Das Protokoll zu den vertraulichen und nicht öffentlichen Punkten liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.***